



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919

Parteiwesen in den Vereinigten Staaten

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

Parteiwesen in den Vereinigten Staaten

Solange die Vereinigten Staaten dünn bevölkert waren, hatte der Süden dank der reichen Gaben einer gesegneten Natur die Führung; erst im Jahre 1824 wurde ein Bürger aus dem Norden, John Quincy Adams, zum Präsidenten der Republik gewählt. Dann wuchsen die nördlichen Staaten durch die ununterbrochene Einwanderung aus Europa wie durch das Aufblühen der Industrie empor. Das Ringen um die Macht gipfelte in dem 1861 bis 1865 währenden Bürgerkriege. Die Sache des Südens wurde seit jeher von der demokratischen Partei verfochten, die sich für die Selbstbestimmung der Einzelstaaten einsetzte, in der Absicht, die Negerklaverei dort, wo sie bestand, aufrechtzuerhalten. Dem entgegen forderte die republikanische Partei die Unterwerfung unter die Bundesgewalt und ordnete, als sie zur Herrschaft kam, die Abschaffung der Sklaverei an. Straffere Zentralisation stand also gegen losen Föderalismus. Der Aufmarsch der Parteilager war so gewaltig, jede der zwei Wahlorganisationen so kunstvoll ausgebaut, daß sie auch beisammenblieben, als über den Grundsatz in blutigen Schlachten endgültig entschieden war. Nach wie vor bilden die Baumwoll- und Getreidepflanzer des Südens den Kern der demokratischen, die Industriellen des Nordens das Rückgrat der republikanischen Partei. Der letzteren kam die Gefolgschaft der von ihr befreiten Neger zugute, während die Demokraten hinwiederum in den nördlichen Staaten die Unterstützung eines guten Teiles der ärmeren Schichten, Kleinbürger und Arbeiter, gewannen. Ganz naturgemäß, da der kleine Mann seinen Stimmzettel mit Vorliebe als Protest gegen die Herrschaft der Besitzenden abzugeben gewillt ist. Die Fäden kreuzen und verschlingen sich dann mannigfach in den Staaten des Westens wie in der geographischen Mitte der Union. So mächtig aber sind die bestehenden Organisationen, in Nordamerika „Maschinen“ genannt, daß der Ehrgeiz der Politiker wie die wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Gruppen nur durch Anschluß an eine der Hauptparteien zur Geltung kommen. Die zwei engmaschigen Parteinetze überziehen die ganze Union, um bei der Wahl des Präsidenten und der Mitglieder des Kongresses, dann in den Einzelstaaten bei der Besetzung der Ämter der Gouverneure, der

Richter, Abgeordneten und Beamten wirksam zu sein. Da nach der Wahl dem Sieger die Beute gehört, so stehen in den großen Entscheidungen viele Hunderttausende von gut bezahlten Stellen zum Preise. In Ländern wie Deutschland und Osterreich, in denen der Ausfall der Wahlen nicht über die Regierungsgewalt entschied, zersplitterten sich die ohnedies machtlosen Parteien nach Belieben in kleinere Fraktionen, deren jede ihren Neigungen nachhing. Wo aber die Mehrheit der Wähler über den Staat verfügt, ballen sich die Atome zu Gruppen und diese zu Wahl- und Herrschaftsbündnissen zusammen.

In dem bekannten Vierzeiler preist Goethe an Amerika, daß es keine verfallenen Schlösser und keine Basalte besitze; es sei nicht, wie der alte Kontinent, abhängig von einer überlebten Vergangenheit. Jetzt gilt dies für das amerikanische Parteiwesen nicht mehr: es bewegt sich vielmehr in Formen, die zwar um die Mitte des 19. Jahrhunderts beseelt waren, es aber nicht mehr sind. Die ursprünglichen Grundsätze der Parteien sind verblaßt, die „Maschinen“ dagegen haben sich erhalten. Auch in den Vereinigten Staaten wird die Gegenwart durch die Vergangenheit bestimmt.

Solange der im großen Bürgerkriege erfochtene Sieg nachwirkte, behielt die republikanische Partei die Oberhand und verfügte von 1860 bis 1884 über das Amt des Präsidenten. Sie heutete aber die Macht eigennützig aus und erregte dadurch den Unwillen der besseren Elemente auch in ihrer Mitte. So wurde der Umschwung von 1884 herbeigeführt, durch den wieder ein Demokrat, Grover Cleveland, zum Präsidenten gewählt wurde. Seitdem hielten sich die Parteien die Wage, so daß 1888 der Republikaner William Henry Harrison und 1892 wieder Cleveland als Sieger aus der Wahlurne hervorgingen.

Neue große Fragen waren im letzten Fünftel des Jahrhunderts zu lösen: Schutzzoll oder Freihandel, Gold- oder Silberwährung, Selbstbescheidung oder Ausdehnung des Gebietes der Republik. Die Antworten der zwei großen Parteien fielen so aus, wie es ihrer Verbreitung in den einzelnen Landesteilen oder in den verschiedenen Volksschichten entsprach. Da die Republikaner sich auf die Industrie des Nordens stützten, arbeiteten sie für den Schutzzoll; die Demokraten waren Freihändler, wegen ihres Anhanges unter den Landwirten des Südens und bei den arbeitenden Schichten des Nordens, die sich ihren Verbrauch nicht verteuern lassen wollten. Unter der

Präsidentschaft des Republikaners Harrison drang 1890 der McKinley-Tarif mit seinen hohen Sätzen durch; er wurde unter Cleveland 1894 ermäßigt; kaum aber waren wieder die Republikaner 1897 ans Ruder gekommen, so erfuhren die Einfuhrzölle im Dingley-Tarif eine ansehnliche Erhöhung. Es ist ein Irrtum, den sogenannten prinzipiellen Gründen bei diesen Wechselfällen überzeugende Kraft zuzuschreiben. Nicht Grundsätze, sondern Interessen haben je nach ihrer Stärke jedesmal gestiegt. Durch die überwiegende Macht der Industrie des Nordens wurden die Vereinigten Staaten seither beim Schutzzoll festgehalten.

*

Vom Nationalstaat zum Imperialismus

In großen Linien vollzog sich in den Vereinigten Staaten dieselbe Entwicklung wie sonst auf dem Erdenrund. Die Union mußte im Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 erst den einheitlichen Nationalstaat gegen den Abfall des sklavenhaltenden Südens verteidigen. Bis dahin war sie, wenn auch nach der Verfassung eine Einheit, ein lockeres Bündel von Gemeinwesen, deren Glieder in Gruppen gespalten waren. Der Vergleich mit den Einigungskämpfen der Deutschen und der Italiener darf nicht zu weit getrieben werden, dagegen ist die Ähnlichkeit mit der Formung des japanischen Einheitsstaates unverkennbar. Auch in Amerika loht dann ein brennendes Nationalgefühl auf: es gipfelt in der Vertreibung der Chinesen und Japaner aus den westlichen Staaten der Union, mag auch dazu noch stärker der Unwille der arbeitenden Klassen Nordamerikas angetrieben haben, die sich die Herabdrückung der Löhne durch den genügsamen und sparsamen gelben Mann nicht gefallen ließen. Diese zwei Motive wirkten auch bei den gegen die europäische Einwanderung erlassenen Sperrgesetzen zusammen.

Der mächtig gewordene Nationalstaat reißt seine Glieder und wird aus einer amerikanischen eine Weltmacht. Nur darf man sich den Übergang nicht unvermittelt denken, Ursachen und Anzeichen reichen vielmehr in eine frühere Zeit zurück. Schon Jefferson, der Gefährte Washingtons, ließ sich vernehmen: „Ich gestehe offen, daß ich immer auf Kuba als die wünschenswerteste Zugabe zu unserem Staatensystem geblickt habe.